

Regierungsvizepräsident
An die Regierungsvizepräsidenten

Vorsitzender für Koordination
Julian Rubach
Laubacherstr. 9
87719 Mindelheim

E-Mail: info@agu-bayern.de
Tel. dienstlich: **08261-995-471**
Tel. privat: **0152-04155640**
Web: www.agu-bayern.de

Mindelheim, den 02.11.2022

Anwärtersituation der Umweltschutzingenieure – Treffen der Regierungsvizepräsidenten am Staatsministerium für Umwelt- und Verbraucherschutz

Sehr geehrter Herr/Frau Regierungsvizepräsident/Regierungspräsidentin,

die AGU Bayern vertritt als Berufsverband die Interessen der Umweltschutzingenieure im öffentlichen Dienst in Bayern.

Die primäre Aufgabe der Umweltschutzingenieure an den Kreisverwaltungsbehörden ist die fachliche Beurteilung von Antragsunterlagen in immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren sowie die spätere regelmäßige Überwachung der genehmigten Anlagen (prioritär die Anlagen nach EU-Recht). Weitere Aufgaben sind Stellungnahmen bei Bau- und Bauleitplanungsverfahren, die Bearbeitung von Beschwerden sowie die Mitarbeit bei Brand- und Katastrophenschutzfällen.

Durch gestiegene gesetzliche Anforderung (z. B. TA Luft 2021, 44. BImSchV, Umsetzung der BVT-Schlussfolgerungen, ABA-VwV, ...) aber auch durch die momentane Krisenlage steigt die Arbeitsbelastung stark an. Aufgrund fehlenden Personals ziehen sich die - gerade jetzt - zeitnah abzuwickelnden Verfahren teilweise enorm in die Länge.

Die Staatsregierung hat das Problem erkannt und hat deshalb in den letzten Jahren neue Stellen für diesen Aufgabenbereich geschaffen. Leider ist es schwierig, diese Stellen tatsächlich zu besetzen. Dies ist auch in der bereits seit Jahrzehnten unglücklichen Ausbildungssituation der Umweltschutzingenieure/-innen begründet. Bei den Bewerbungsgesprächen haben unsere Mitglieder festgestellt, dass der mit der Laufbahn verbundene Vorbereitungsdienst die Stellen finanziell unattraktiv macht. Stellenangebote aus der Wirtschaft sind deutlich ansprechender.

Neben den fehlenden finanziellen Anreizen gibt es aber auch organisatorische Hindernisse, die aus unserer Sicht einfach zu beseitigen wären, und mit relativ wenig Aufwand die Attraktivität der Ausbildung erhöhen könnten.

So sind während der Anwärterzeit mehrere Hospitationen an diversen Ämtern und Institutionen sowie etliche Lehrgänge zu absolvieren. Insgesamt ist mit einer Abwesenheit vom Wohnort von mindestens 20 Wochen zu rechnen. Die Anwärter müssen sich häufig selbst um ihre Unterkünfte und die Anreise kümmern und bekommen für die ersten 7 Tage 40 Euro/Tag Trennungsgeld. Danach reduziert sich der Betrag auf 9,20 Euro/Tag. Eine angemessene Unterkunft inkl. Verpflegung ist für diesen Betrag nicht zu bekommen (gerade in Großstädten wie München oder Augsburg). Bitte bedenken Sie, dass es sich um fertig ausgebildete Ingenieure, teilweise schon mit Familie handelt. Das monatliche Bruttogehalt der 15 Monate andauernden Anwärterzeit liegt bei ca. 1.440 Euro (Vergleich zur freien Wirtschaft: 3.500 Euro/Monat).


Trotz des geringen Gehalts müssen die Anwärter in Vorleistung gehen und bleiben häufig auf einem Teil ihrer Kosten sitzen (teilweise durch falsch formulierte Abordnungszeiten). Aus Kulanz greifen die Regierungen den Anwärtern z. B. durch Kostenübernahme für die Unterbringung unter die Arme. Jedoch handelt es sich hier um eine freiwillige Leistung, die von den Regierungen unterschiedlich angewendet wird.

Wir fordern deshalb in einem ersten Schritt ein einheitliches Vorgehen aller Regierungen und Behörden bei der Unterbringung und Kostenerstattung. Die Organisation der Unterkünfte sowie die Kostenübernahme sollte von Behördenseite erfolgen. Abordnungen sollten abgestimmt werden und die Abrechnung zentral erfolgen.

Wir haben das Thema bereits am StMUV und am StMB angesprochen. Weiter haben wir den Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes am Bayerischen Landtag über die Problematik informiert. Das Thema soll unserer Kenntnis nach bei der nächsten Dienstbesprechung der Regierungsvizepräsidenten mit dem StMUV angesprochen werden. Wir bitten Sie, diese Anliegen im Interesse einer wirkungsvollen Umweltverwaltung in Bayern zu unterstützen.

Perspektivisch sollten die abgesenkten Anwärterbezüge für Ingenieure mit abgeschlossenem Hochschulstudium auf den Prüfstand gestellt werden. Nur mit angemessener Besoldung kann qualifizierter Nachwuchs für die bayerische Umweltverwaltung gewonnen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Julian Rubach
Vorstand für Koordination